

DIE ROTWEINSTADT

Zeitung für Ingelheim

Ausgabe 1 | 2015

www.spd-ingelheim.de

SPD

Gemeinsam für mehr Mobilität



Ein moderner öffentlicher Nahverkehr ist ein wichtiger Baustein für eine funktionierende und attraktive Stadt. Deshalb setzen sich die Ingelheimer Jusos und die SPD gemeinsam dafür ein.

Das Thema Mobilität betrifft viele Bereiche des Lebens und unserer Gesellschaft, eine wichtige Rolle spielt dabei der öffentliche Nahverkehr. In den Zuständigkeitsbereich der Stadt fällt hierbei insbesondere der Busverkehr.

Eine gute Anbindung aller Stadtteile bedeutet Komfort und Teilhabe für alle Generationen und gesellschaftlichen Schichten, vor allem, wenn sie kein Auto besitzen. Ein guter Busverkehr erleichtert uns allen den Weg zu unseren Hobbies oder zum Einkaufen und den Berufspendlern den Weg zum Arbeitsplatz. Gleichzeitig ist eine gute Anbindung wichtig für Gewerbetreibende, sorgt für weniger Autos auf unseren Straßen und schont so das Klima.

Die Ingelheimer Jungsozialisten haben eine Umfrage zum Busverkehr in der Rotweinstadt durchgeführt. Die Postkarten zur Teilnahme wurden

an alle Haushalte verteilt. „Weit über 100 Rückmeldungen zeigen, dass das Thema den Leuten unter den Nägeln brennt“, berichtet Phillip Brill von den Jusos und fasst zusammen: „Die meisten Teilnehmer wünschen sich eine Verbesserung der Taktung und mehr Fahrten am Wochenende und in den Abendstunden. Diese Ergebnisse haben wir auch im SPD-Ortsvereinsvorstand und in der Stadtratsfraktion vorgestellt“. Der Ortsvereinsvorsitzende Roland Schäfer begrüßt die Juso-Umfrage: „Wenn öffentlicher Verkehr erfolgreich sein, Abgase einsparen und Autos von der Straße holen soll, dann muss er an die Bedürfnisse der Nutzer angepasst werden.“

Die Stadtverwaltung Ingelheim hat mit wiederkehrenden ÖPNV-Workshops jetzt ein Gremium zur Verbesserung des Busverkehrs in Ingelheim geschaffen. „Hier bringen wir unsere Forderungen

und auch die Ergebnisse der Juso-Befragung mit ein“, erklärt Dominik Brill, der die SPD-Fraktion in den Workshops vertritt. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Külzer hat schon in seiner Haushaltsrede im Dezember deutlich gemacht: Die SPD wünscht sich eine große Lösung beim Ingelheimer Busverkehr und ist bereit dafür erheblich mehr Geld als bisher aufzuwenden, um einen nachhaltigen öffentlichen Nahverkehr zu realisieren. „Ingelheim ist eine moderne Stadt mit einer tollen Innenstadtentwicklung und lebendigen Stadtteilen“ fasst Brill zusammen. „Auch ein moderner und zukunftsfähiger Busverkehr sollte dann unser Anspruch sein. Dafür muss er das bieten, was die Bürgerinnen und Bürger erwarten – daran arbeiten wir.“

„... ein gewaltiger Imagegewinn“



Seit Juli 2014 ist Wolfgang Bärnwick einer der beiden ehrenamtlichen Beigeordneten der Stadt Ingelheim am Rhein. Sein Verantwortungsbereich umfasst die Sachgebiete: Kultur- und Veranstaltungshalle (KVH), Winzerkeller, Stadtmarketing, Tourismus und das Veranstaltungsmanagement kultureller Veranstaltungen.

■ Herr Bärnwick, seit rund neun Monaten sind Sie nun in der Ver-

waltung der Stadt Ingelheim. Wie fühlen Sie sich als ehrenamtlicher Beigeordneter?

Die Zeit verging wie im Flug! Im Rathaus wurde ich vom ersten Tag an von allen gut aufgenommen und meine Arbeit bereitet mir sehr viel Freude. Sie gibt mir ein Gefühl der Zufriedenheit, aber auch der Dankbarkeit, an so einer exponierten Stelle mitgestalten zu dürfen und Verantwortung zu tragen.

■ Es ist geplant, die Stelle des Geschäftsführers für die Kultur- und Veranstaltungshalle (KVH) in der Winzerkellergesellschaft anzusehen. Sehen Sie hierin Vorteile? Oder könnten sich auch Nachteile ergeben und worin liegen denn die besonderen Herausforderungen?

Die größte Herausforderung ist natürlich zu allererst eine geeignete Person für diese anspruchsvolle Stelle zu finden. Das Bewerbungsverfahren steht unmittelbar vor dem Abschluss. Voraussichtlich im Mai werden wir soweit sein. Ein Vorteil ist, dass wir keine neue

Gesellschaft gründen müssen, und damit viel Arbeit, und vor allen Dingen Kosten sparen. Einen Nachteil kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennen.

■ Die Kultur- und Veranstaltungshalle soll auch für wirtschaftliche Impulse in der Innenstadt sorgen. Können Sie kurz umreißen, wie man sich diese Effekte vorstellen kann?

Ich nenne Ihnen mal ein Beispiel mit aktuellen Zahlen.

2014 konnten wir zu den Ausstellungen im Karlsjahr und zur Illumina rund 25.000 Besucher begrüßen. Davon ausgehend, dass diese Menschen - neben den Ausgaben für Essen und Getränke - einen zusätzlichen wirtschaftlichen Effekt von nur 20,- € pro Besuch in die Stadt gebracht haben, ergibt dies eine Summe von einer halben Million Euro. Eine stolze Summe, wie ich meine!

Wenn es uns gelingt, durch Kongresse, Messen, kulturelle und musikalische Veranstaltungen und Ta-

gungen zahlreiche Besucher - und dann z.T. noch mehrtägig - in die KVH zu holen, werden nicht nur Ingelheimer Geschäftsleute davon profitieren, sondern auch die Winzer und natürlich der Winzerkeller. Die Stadt Ingelheim wird insgesamt einen gewaltigen Imagegewinn erfahren und kann so zu einem wichtigen Kultur-, Veranstaltungs- und Wirtschaftszentrum in Rheinhessen werden.

■ Herr Bärnwick, Sie sind bis 2019 als Beigeordneter gewählt. Wie stellen Sie sich Ingelheim am Ende Ihrer Amtszeit vor?

Ich wünsche mir, dass die beiden Leuchtturm-Projekte - die KVH und der Winzerkeller - sich bis 2019 längst über unsere Stadt hinaus bekannt gemacht haben und Ingelheim zwei wunderbare neue touristische Attraktionen hinzu gewonnen hat. Jedenfalls freue ich mich sehr auf die vor mir liegenden Aufgaben.

Der Ingelheimer Winzerkeller

Neben der Kultur- und Veranstaltungshalle ist der Winzerkeller das zweite große Projekt des Beigeordneten Wolfgang Bärnwick. Der Winzerkeller soll eine ganz besondere Attraktion in Ingelheim werden.

Innerhalb der nächsten zwei Jahre soll er umfassend renoviert werden. Geplant ist ein begrünter Innengarten, der zum Verweilen einlädt. Eine Gastronomie wird es selbstverständlich auch wieder geben, ebenso die Vinothek der Ingelheimer Winzer und die Tourist-Infor-

mation der Stadt im altherwürdigen Gebäude. Und nicht zu vergessen: Im ersten Untergeschoss wird der eindrucksvolle Gewölbekeller für Veranstaltungen restauriert!

„Wir wollen der historischen Bedeutung des Winzerkellers gerecht werden und ihn zu einem ganz besonderen Anziehungspunkt in der Stadt machen“, so Bärnwick. „Eine gute und leistungsstarke Gastronomie wird bei diesem Erfolg eine wichtige Rolle spielen.“ Der Beigeordnete wünscht sich „keine abgehobene Gastronomie“, sondern



So könnte der Innengarten aussehen.

Foto: Stadtverwaltung Ingelheim

eine eher bodenständige, regionale Frische-Küche. Diese solle auch „kleine Speisen“ zum Wein und eine Standardkarte mit überschaubarer

Auswahl umfassen. Dazu seien auch ein bis zwei Tagesgerichte und eine separate Karte für Veranstaltungen vorstellbar.



Ralf Claus zur Fusion mit Heidesheim und Wackernheim

Wir werden in diesem Jahr im Rahmen eines Bürgerentscheides – voraussichtlich im November – die Bürgerinnen und Bürger Ingelheims um Zustimmung zur Eingemeindung der Ortsgemeinden Heidesheim und Wackernheim ersuchen.

Diese Entscheidung gehört ganz sicher zu einer der weitreichendsten und schwierigsten kommunalpolitischen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte und nicht wenige stellen sich die ja durchaus berechtigte Frage, wozu diese Eingemeindung denn eigentlich gut sein soll. Darauf will ich gerne antworten. Wir leben in einer privilegierten Region. Dennoch stehen wir in den nächsten Jahrzehnten vor großen Herausforderungen. Der derzeit spürbare Trend „zurück in die Stadt“ und der Demografische

Wandel werden zu spürbaren Veränderungen kommunaler Strukturen auch bei uns führen. Bevölkerungswachstum bzw. auch nur der Erhalt der Bevölkerungszahl auf gleichem Niveau lassen sich schon heute nur durch Zuzüge erreichen. So werden Städte und Gemeinden bald verstärkt um Einwohner konkurrieren - im Grunde hat dieser Prozess längst begonnen. In einer um die Gemeinden Heidesheim und Wackernheim vergrößerten Stadt Ingelheim können wir für diese Herausforderungen bes-

sere, handlungsfähigere und wirtschaftlichere Strukturen schaffen und adäquat auf sich verändernde Anforderungen reagieren. Wohnen, Arbeiten und Leben soll auch künftig in unserem Raum mit hoher Qualität und mit ökologischer, ökonomischer und sozialer Verantwortung möglich bleiben. Wir verfügen in allen drei Gemeinden über viele Potenziale, die uns, wenn wir diese gemeinsam nutzen, die dazu notwendige Stabilität verleihen.

Stabilität für unsere Gemeinden bedeutet vor allem Stabilität in der Einwohnerentwicklung als wichtige Grundlage für die notwendige Auslastung unserer Infrastrukturen. Denn wir können Schulen, soziale Einrichtungen, Bildungs- und Kultureinrichtungen u.v.a.m. nur dann langfristig erhalten, wenn sie nicht nur vernünftig finanziert sondern auch entsprechend genutzt sind. Diese Stabilität, die uns eine Fusion verspricht, macht uns auch zukunftsfähiger bei anderen großen Herausforderungen wie der Schaffung von gutem und bezahlbarem Wohnraum. Besonders gilt das jedoch für das Gestalten des Demo-

grafischen Wandels und aller seiner Folgen für unsere Infrastruktur.

Dabei ist der Erhalt der Identität der Stadtteile von großer Bedeutung für unsere gemeinsame Zukunft und Garant für den Erhalt unserer Lebensqualität. Diese Lebensqualität durch die Fusion mit Heidesheim und Wackernheim auf eine breitere Basis zu stellen und damit zu stabilisieren wäre gut und richtig. Flächen- und Wohnraummanagement, infrastrukturelle Angebote, Bildungsangebote und Verkehrsverflechtungen in einer damit deutlich größeren kommunalen Einheit zu organisieren, wird für die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft von großem Vorteil sein.

Wir verbreitern mit einer Fusion schließlich nicht nur unsere gemeinsamen Entwicklungsoptionen, wir stärken damit auch unsere regionalpolitische Bedeutung im Landkreis und der Region.

Ich halte deshalb die Eingemeindung von Heidesheim und Wackernheim für einen zukunftsorientierten Schritt, der deutlich mehr Chancen als Risiken verspricht.

SPD fordert mehr öffentliche Toiletten

In Ingelheim gibt es zu wenig öffentliche Toiletten. »Diese Rückmeldung haben wir immer wieder erhalten, beispielsweise bei unserer Aktion »Reden wir über Ingelheim«, erklärt SPD-Ortsvereinsvorsitzender Roland Schäfer. Dabei sei klar, dass eine ausreichende Versorgung mit Toiletten im öffentlichen Raum wichtig ist. »Wir haben

bereits vor einigen Jahren die Stadtverwaltung aufgefordert, mit Gewerbetreibenden und Gastronomen ein gemeinsames Konzept zu entwickeln.« Ziel muss eine angemessene, flächendeckende Versorgung sein. Insbesondere in der »Neuen Mitte« besteht dringender Handlungsbedarf. Deswegen fordern die Sozialdemokraten, die bereits

seit längerem geplante Toilette in der Neuen Mitte schnellstmöglich zu errichten. Derzeit wird abschließend geprüft, ob eine Toilette in dem geplanten Neubau auf dem ehemaligen Saalwächtergelände entstehen kann. Sollte dies dort nicht möglich sein, soll der Beschluss einer Toilette vor dem C&A umgesetzt werden. Darüber hinaus

hat die SPD-Stadtratsfraktion bei der Stadtverwaltung eine Anfrage zu allen relevanten öffentlichen Orten und der jeweiligen Toilettensituation gestellt. Wenn die Antwort auf diese Anfrage vorliegt, werden damit etwaige Problemstellen deutlich, für die im Anschluss eine Lösung gefunden werden kann.

REDEN WIR ÜBER INGELHEIM

Unsere Ziele sind klar. Wir wollen: Menschen gewinnen. Mitglieder gewinnen. Ingelheim voran bringen.



Politik ist kein Selbstzweck. Sie hat nur eine Berechtigung, wenn sie von und für Menschen gemacht wird. Politik lebt mit und durch das konkrete Engagement jeder und jedes Einzelnen. Sie kann nur dann wirklich erfolgreich sein, wenn sie sich unterschiedlichsten Lebens- und Erfahrungswelten öffnet.

Wir Ingelheimer Sozialdemokraten und Sozialdemokraten versuchen, diesen Anspruch an unsere Politik in der täglichen Arbeit umzusetzen. Deshalb sind wir im ständigen Dialog mit Ihnen. Aber uns geht es um mehr als Dialog. Wir wollen lernen, wir wollen uns weiter ent-

wickeln und wir wollen die Freude an der politischen Arbeit und dem schönen Miteinander mit möglichst vielen Menschen teilen. Wir denken, wir waren in den letzten Jahren erfolgreich mit dem, was wir in und für Ingelheim gemacht haben. Das zeigen die Ergebnisse bei Wahlen. Das belegen aber vor allem auch

Ihre vielfältigen Rückmeldungen zu unserer Aktion „Reden wir über Ingelheim“. Wir laden Sie ein, machen Sie mit. Kommen Sie in unsere Reihen. Wir wünschen uns neue Ideen und Impulse. Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten viele Einladungen aussprechen und hoffen auf Ihr „Ja“.

Vorgestellt: Agnes von Trentini



Mit fast 18 Jahren kam ich aus Regensburg nach Ingelheim, um meine Ausbildung zur Chemielaborantin bei Boehringer Ingelheim zu beginnen. Schon während dieser Zeit bekam ich über die Gewerkschaft Kontakte zur SPD. Mittlerweile bin ich 64

Jahre alt und Ingelheim ist zu meiner neuen Heimat geworden. Nach meinem 2. Staatsexamen trat ich 1989/90 meine Referendariatsstelle in Bad Kreuznach an der Berufsbildenden Schule Wirtschaft an und wurde anschließend dort in

den Schuldienst übernommen. Ende Juli dieses Jahres werde ich in Pension gehen.

Ehrenamlich war ich bis vor Kurzem als Vorsitzende bei den Förderern der Kleinkunst aktiv. Schon einige Jahre bevor ich meine Tätigkeit dort aufgab, war ich daran interessiert mich politisch zu engagieren. Über Norbert Külzer fand ich im Dezember 2013 meinen Weg in die Partei. Inzwischen arbeite ich im Ausschuss für Kultur und Touristik mit und bin Beisitzerin im Ortsvereinsvorstand der SPD und dort zuständig für Belange der Schulen. Ich habe neue Menschen kennengelernt und fühle mich wohl in diesem Kreis. Die Arbeit mit meinen GenossInnen bietet mir ein neues interessantes Betätigungsfeld.

Langjährige Mitglieder geehrt

Zur traditionellen Mitgliederehrung im festlich geschmückten Kaisersaal des Restaurants Burg Horneck trafen sich die Genossinnen und Genossen. Dass Bildungsministerin Vera Reiß als „special guest“ aktiv an diesem Ereignis teilnahm, wird allen Geehrten in guter Erinnerung bleiben. Für den musikalischen Rahmen sorgte ein Streicherquartett der Musikschule im WBZ.

Ortsvereinsvorsitzender Roland Schäfer betonte in seiner Begrüßung, dass die SPD als Mitgliederpartei stolz auf die langjährige Treue ihrer Mitglieder sein könne. Er unterstrich, dass die Demokratie von der aktiven Beteiligung der Menschen lebe. Denn nur engagierte Mitglieder könnten Verhältnisse ändern, bessere Zeiten mit erdenken und gestalten. Und so wäre es für den Ingelheimer Ortsverein eine große Auszeichnung, dass sich die Bildungsministerin die Zeit genommen habe, durch ihre Teilnahme an der Feier den zu Ehrenden auch ihre persönliche Wertschätzung zu zeigen.

Die Ministerin hielt eine eindrucksvolle Rede zur Politik der Landesregierung mit besonderem Schwerpunkt auf der Bildungspolitik. „Keiner darf zurückgelassen werden, denn die Investition in die Köpfe bedeutet Zukunftsfähigkeit“. Sie hob die im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr niedrige Arbeitslosigkeit hervor und bezeichnete Rheinland-Pfalz auch als großes „Gründerland“. Nicht ohne Stolz wies sie auf die inzwischen spitzenmäßige Ausstattung mit Kindertagesstätten und auf die Betreuung der Unter-3-Jährigen hin. In Form von Interviews geehrt wurden - teilweise leider abwesend - für zehn Jahre Mitgliedschaft Nina



Acker, Dieter Hahner und Michael Speth, für 25 Jahre Ralf-Peter Beaury und Ilka Thriene-Langer, für 40 Jahre Inge Hahner, Gerhard Körber, Herbert Matthes, Jörg Page und Rolf Thomas sowie für 50 Jahre Josef Bonifer, Walter Mengel und Ulrich Zöllner.

„Nicht meckern, sondern besser machen!“ Das war beispielsweise für Gerhard Körber 1974 nach der verlorenen Kommunalwahl Motivation und Anlass, in die Partei einzutreten und in der Kommunalpolitik „mitzumischen“. „Darum habe ich mich sofort aktiv unter anderem in der SPD-Stadtgruppe Nieder-Ingelheim beteiligt“. Von 1979 bis 1989 war er Kreistagsmitglied, von 1984 bis 2004 und dann erneut seit 2009 im Stadtrat Ingelheim. Bereits seit 1975 wirkte und rührte er auch im sozialen Bereich bei der Arbeiterwohlfahrt Ingelheim intensiv mit. So verlieh ihm vor wenigen Monaten Ministerpräsidentin Malu Dreyer die Verdienstmedaille des Landes Rheinland-Pfalz. Ulrich Zöllner trat bereits zehn Jahre früher, 1964, in die SPD ein. Längere Zeit war er Vorstandsmitglied im Ortsverein, wurde 1972 für dann

insgesamt 27 Jahre Stadtratsmitglied und von 1999 bis 2004 Beigeordneter der Stadt Ingelheim. Beruflich folgten bei Boehringer nach 18 Jahren Chemielaborant 24 Jahre freigestellter Betriebsrat, davon sechs als Vorsitzender. Für sein jahrzehntelanges Engagement im sozialen und

kommunalpolitischen Bereich erhielt Ulrich Zöllner unter anderem den Ehrenring der Stadt Ingelheim und das Bundesverdienstkreuz. Alle Geehrten bekamen eine Urkunde, ein kleines Geschenk sowie ab der 25jährigen Zugehörigkeit eine entsprechende Anstecknadel.



SPD

1. MAI

**11.00 bis 16.00 Uhr
Friedrich-Ebert-Platz**

**Jazz-Combo Miles Away
Flo & Chris kleine Band – große Show
Temptations Showtanz**

Essen und Trinken – Spaß für Kinder

»Inklusion umfasst alle Bereiche unseres Lebens«

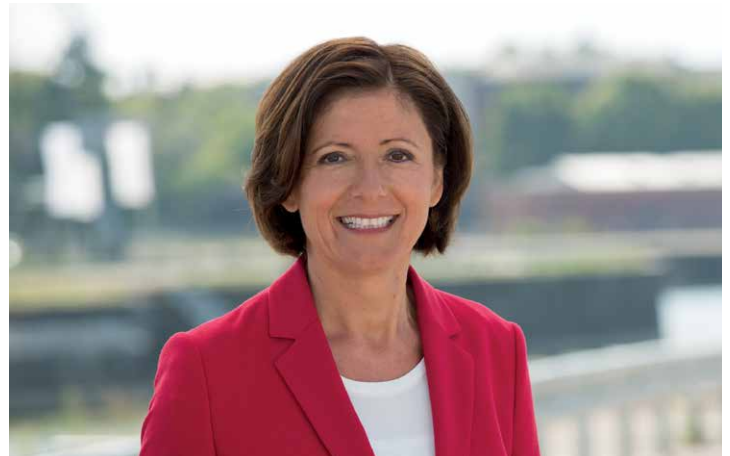
Ein Beitrag von Malu Dreyer

Menschen mit Behinderungen gehören mitten hinein in die Gesellschaft und das von Anfang an. Darauf haben sie einen Anspruch und darauf muss sich die Gesellschaft einstellen.

Die Inklusion umfasst alle Bereiche unseres Lebens, beginnend mit dem gemeinsamen Spielen und Lernen im frühen Kindesalter über die Schule, die Arbeit bis hin zum Wohnen und zu den Bereichen Kultur und Freizeit. Im Mittelpunkt steht immer der einzelne Mensch mit Behinderung mit seinen Ressourcen, seinem Bedarf und seinen Bedürfnissen, aber auch seinem Willen. Für uns als Landesregierung hat die Politik für Menschen mit Behinderungen eine zentrale

Bedeutung im Sinne einer Politik des Menschenrechts.

Das ist auch der Kern der UN-Behindertenrechtskonvention und das gemeinsame Verständnis von 151 Staaten weltweit, die die Konvention seit 2007 ratifiziert haben. Als erstes Bundesland, das einen Aktionsplan zu ihrer Umsetzung erstellt hat, war Rheinland-Pfalz Vorreiter in Deutschland. Wir begreifen die UN-Konvention als Rückenwind für unsere langjährige Politik für und mit Menschen mit Behinderungen, in deren Mittelpunkt die Teilhabe, Selbstbestimmung und Gleichstellung behinderter Menschen steht. Derzeit wird der Aktionsplan gemeinsam mit den Verbänden der Menschen mit Behinderungen und weiteren Expertinnen und Experten in eigener Sache fortgeschrieben.



Wenngleich Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen stattfinden muss, möchte ich ein zentrales Thema herausgreifen. Das gemeinsame Aufwachsen und Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen und damit die schulische Inklusion hat für uns einen zentralen Stellenwert. Eine wichtige Rolle spielen dabei die derzeit 270 Schwerpunktschulen im Land, die im Grundschulbereich und in weiterführenden Schularten Konzepte für den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht-behinderten Kindern umsetzen. Dabei werden die Regelschullehrkräfte unterstützt von Förderschullehrkräften und pädagogischen Fachkräften. Die Zahl dieser Schulen soll entsprechend dem Bedarf schrittweise weiter erhöht werden. Mit der Schulgesetznovelle, die im Juli 2014 verabschiedet wurde, haben die Eltern zum laufenden Schuljahr ein vorbehaltloses Wahlrecht erhalten zwischen einem inklusiven

Unterrichtsangebot für ihr Kind in einer Schwerpunktschule und dem Angebot einer Förderschule. Die Eltern entscheiden über das Ausbautempo der Inklusion. Inklusion ist zudem bereits Bestandteil aller Lehramtsausbildungen an Universitäten und in Studienseminaren. Durch zusätzliche Zuweisungen von förderpädagogisch ausgebildetem Personal an die Studienseminare ist dieser Ausbildungsbestandteil zum 1. August 2014 in der Referendarausbildung noch intensiviert worden. Außerdem werden alle Schulen, die inklusive Unterrichtsangebote machen von so genannten „Förder- und Beratungszentren“ unterstützt. So erhalten insbesondere die Schwerpunktschulen noch mehr professionelle Unterstützung. Mit Fug und Recht können wir also sagen: Die Inklusion ist bei uns im Land seit vielen Jahren ein Thema von größter Bedeutung und sie ist bei uns auf einem guten Weg.

Zur Person: Anne Kleinschnieder



Seit Ende 2012 ist sie die ehrenamtliche Behindertenbeauftragte der Stadt. Sie bietet regelmäßig Sprechstunden an, die gut angenommen werden. Menschen mit Behinderungen sind oft mit der Bürokratie überfordert. Da ist Hilfe und Beratung willkommen, auch für

die Angehörigen. „Ich höre gerne zu und nehme Anteil am Schicksal der Betroffenen; allein das hilft schon gelegentlich“, so Kleinschnieder, die selbst stark sehbehindert ist. Der zweite Teil ihrer Aufgaben ist die aufmerksame Begleitung der städtischen Baumaßnahmen im Hinblick auf die Barrierefreiheit. Da geht es um Ampelsignale, Stolperfallen, Bodenleitlinien, barrierefreie Busse und Leichte Sprache – ein großes Spektrum. „Mir macht es Freude, wenn ich dazu beitragen kann, dass Menschen mit Behinderung in unserer Stadt gut zurecht kommen“.

Kontakt: Tel.: 89 61 74 • behindertenbeauftragte@ingelheim.de

■ Impressum

Hrsg.: SPD Ingelheim; verantwort.: Dominik Brill

Redaktion: Dominik Brill, Roland Schäfer, Siegfried Orzeszko, Agnes von Trentini, Kurt Naujoks, Phillip Brill, Norbert Külzer, Wolfgang Bärnwick, Ralf Claus, Anne Kleinschnieder, Bilder: Siegfried Orzeszko, Carsten Costard, Stadtverwaltung Ingelheim, fotolia, SPD Landesverband Rheinland-Pfalz